Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

G7 GERMANY

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin

Herr
Markus Witt
[redacted]

Referat Z14
Justitiariat,
Informationsfreiheitsgesetz,
Geheimschutz

BEARBEITET VON Theresa Telzerow
HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)3018 555-0
FAX +49 (0)3018 555-1145
E-MAIL poststelle@bmfsfj.bund.de
INTERNET www.bmfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den 19.12.2022
GZ 0760/154*30

Ihr Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vom 21.11.2022

Sehr geehrter Herr Witt,

mit Ihrer E-Mail vom 21. November 2022 über die Plattform fragdenstaat.de beantragen Sie auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Übersendung der Geschlechterquoten für Frauen, Männer und Diverse auf Leitungs-, Abteilung-, Unterabteilungs- und Referatsebene unter Benennung der jeweiligen Gliederung.

Ihrem Antrag kann nicht stattgegeben werden.

Begründung:

Das IFG eröffnet grundsätzlich einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen, vgl. § 1 IFG. Gemäß § 9 Abs. 3 IFG kann ein Antrag abgelehnt werden, wenn die erbetenen Informationen in einer zumutbaren Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschafft werden kann. Zu den allgemeinen zugänglichen Quellen zählt auch

das Internet. Die von Ihnen begehrten Informationen können teilweise in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschafft werden.

Die begehrten Informationen sind teilweise im Gleichstellungsindex 2021-Gleichstellung von Frauen und Männern in den obersten Bundesbehörden unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/Publikationen/Downloads-Oeffentlicher-Dienst/gleichstellungsindex-5799901217004.html einsehbar und können heruntergeladen werden.

Kleinteilige Angaben zu den Referatsleitungen, Unterabteilungsleitungen und Abteilungsleitungen können aus datenschutzrechtlichen Erwägungen nicht veröffentlicht werden.
Dabei handelt es sich um Informationen, bei denen eine Identifizierbarkeit von Personen, denen die Angaben zugeordnet werden, nicht auszuschließen ist und damit um personenbezogene Daten im Sinne des Art. 4 Ziffer 1 (EU) Datenschutz-Grundverordnung. Zum Schutz der betroffenen Personen wurden diese Angaben daher nicht erfasst.

Die ebenfalls von Ihnen erfragten Angaben zu „divers" werden nicht erfasst.

Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 24, 10117 Berlin schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Abs. 2 VwVfG oder zur Niederschrift zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Theresa Telzerow

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Allgemeine Hinweise
Personenbezogene Daten sind alle Angaben, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann - insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung. Personen unter 16 Jahren sollten ohne Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten keine personenbezogenen Daten übermitteln.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen im Sinne der DSGVO
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
Telefax: 03018/ 555 - 1145
E-Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Telefon: 03018/ 555 - 0
E-Mail: datenschutzbeauftragte@bmfsfj.bund.de

Zweck der Verarbeitung
Zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gehört unter anderem die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit und Aufgabenerfüllung des Bundesministeriums für die Öffentlichkeit, darunter auch die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Sie das BMFSFJ anschreiben verarbeitet das BMFSF Ihre dabei enthaltenen personenbezogenen Angaben zum Zweck der Erfüllung dieser Aufgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Rechtsgrundlage und Löschung
Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, Abs. 2 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).
Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des BMFSFJ nicht mehr benötigt werden bzw. nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Betroffenenrechte
Soweit Ihre personenbezogenen Angaben vom BMFSFJ verarbeitet werden, sind Sie Betroffene/Betroffener im Sinne der DSGVO. Insoweit haben Sie folgende Rechte gegenüber dem BMFSFJ als Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Darüber hinaus steht Ihnen gemäß Art. 77 DSGVO ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu. Die für das BMFSFJ zuständige Aufsichtsbehörde ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.